

**Französische Parteien
in bundesdeutscher Perspektive -
zur politischen Kultur der V. Republik**

von **Dietmar Hüser**

I. Politische Kulturforschung und französische Politikwissenschaft

Der politische Kultur-Ansatz hatte in Frankreich von Beginn an einen schweren Stand. Politikwissenschaft, das hieß im Vergleich zum Nachkriegsdeutschland: stärkere Verschränkung von Politologie und Zeitgeschichte, regerer Austausch bzw. fließendere Grenzen zwischen Wissenschaft, Journalismus und Politik in der Lehre führender Hochschulen, vor allem geringerer Amerikanisierungsgrad methodischer Ansätze. Anders als in der frühen Bundesrepublik, wo sich die Politologie als transatlantisch orientierte Demokratiewissenschaft über Emigrantenzirkel etabliert hat, speisten sich die Sciences Politiques stark aus hexagonalen Wurzeln, vor allem aus der Geographie, aus der Philosophie und aus dem Staatsrecht.¹

Bei aller Tradition Siegfriedscher Wahlgeographie blieben es eher Ansätze der Nachbardisziplinen, die Elemente aktueller politischer

¹ Dazu Alfred Grosser: „Die politisch-wissenschaftliche Forschung in Frankreich“, in: Otto Stammer (Hg.): *Politische Forschung*. Köln/ Opladen, Westdeutscher Verlag, 1960, S.39-63; zuletzt Pierre Faure: „La science politique en France“. Rapport pour la conférence d'évaluation de la coopération interuniversitaire en Europe, Institut d'Etudes Politiques/ Paris, 19.-20.4.1996; sowie die Beiträge von Werner Zettelmeier und Hans-Manfred Bock, in: Hans J. Lietzmann/Wilhelm Bleek (Hg.): *Politikwissenschaft. Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa*. München/ Wien, Oldenbourg, 1996, S.171-190 und S. 191-218.

Kulturforschung abdeckten: die „histoire totale“ eines Lucien Febvre, die „longue durée“ eines Fernand Braudel, die „mémoires collectives“ eines Maurice Halbwachs, die „traditions politiques“ eines Paul Bois, die „anthropologie historique“ eines Hervé Le Bras oder die „lieux de mémoire“ eines Pierre Nora. Gerade die Breite kulturwissenschaftlicher Instrumente unterschiedlichster Disziplinen verwies die Sciences Politiques auf das engere Feld der 'vie politique en France'. Die komparative Dimension spielte lange ebenso eine Nebenrolle wie behavioristische Quantifizierungsauswüchse.

Erst seit einigen Jahren greifen Politologen und Zeithistoriker, die sich einer 'nouvelle histoire politique' verschrieben haben, das Konzept der politischen Kultur auf.² Besonders René Rémond hat sich als Vorsitzender der 'Fondation Nationale des Sciences Politiques' (FNSP) seit 1981 stark gemacht für eine Revalorisierung politisch inspirierter Zeitgeschichtsbetrachtung. Die 'neue Politikgeschichte' sollte weniger Geschichte der Politik als des Politischen sein, die ganze Bandbreite historiographischer Ansätze berücksichtigen. Nie zur Debatte stand die Scharnierfunktion von Politik, da doch nur sie - nach Rémond - Wirtschaftliches und Soziales zu bündeln, Mentales als kollektive Identität zu begründen und der Kontingenz von Geschichte Rechnung zu tragen vermag.³

Die Praxis folgte dem Programm erst ansatzweise. Zumindest legt der als Manifest für Vitalität und Format 'neuer Politikgeschichte' geplante *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle* dies nahe.⁴ Den einleitend angemeldeten Anspruch einer „histoire politique

² Hervorzuheben wären der programmatische Aufsatz von Serge Berstein: „L'histoire et la culture politique“, in: *Vingtième Siècle* n°35 (1992), S.67-77 sowie das Dossier von Jean-Pierre Rioux „La culture politique en France depuis de Gaulle“, in: ebd. no. 44 (1994), S.5-127.

³ Vgl. René Rémond: „Du politique“, in: ders. (Hg.): *Pour une histoire politique*. Paris: Seuil, 1988, S.379-387.

⁴ Vgl. Jean-François Sirinelli (Hg.): *Dictionnaire historique de la vie politique en France au XXe siècle*. Paris: PUF 1995. Ausführlich dazu Dietmar Hüser:

comme une histoire à forte densité culturelle et anthropologique“ erfüllen nur einige der 378 Artikel. Auch innerhalb einer sich mehr und mehr internationalisierenden französischen Politikwissenschaft hat die politische Kulturforschung nicht den Stellenwert, der ihr in der Bundesrepublik seit Jahren zukommt.

II. Vergleichende Parteien- und politische Kulturforschung

Kaum weniger alt als der Vergleich politischer Parteien und Parteiensysteme westlicher Demokratien sind Klagen über das „bemerkenswert niedrige [...] methodische Niveau“ der komparativ arbeitenden gegenüber der national orientierten empirischen Parteienforschung⁵ oder die bislang unbefriedigenden und wenig konsensfähigen Ergebnisse „im Bereich der theoretischen Konzeptualisierung“ und „der Operationalisierung“.⁶ Konsequenz solcher Kritik - und überhöhter Theorie-Ansprüche an Untersuchungen über vielschichtige Organisationen in komplexen Regierungs- und Gesellschaftssystemen - sind häufig ergänzte oder neue Typologien und Modelle.

Manchmal sind sie überzogen schematisiert (und quantifiziert), als würden sie dem, was sie ursprünglich erklären sollten, den Rang ablaufen, sich eher von den Realitäten weg- als auf sie zu bewegen.⁷ Leiden länderübergreifende Parteienvergleiche nicht vielfach eher an Theorieelastigkeit als an Theoriedefiziten? Springt nicht weniger ein etwaiger

„Französische Zeitgeschichte als 'neue' Politikgeschichte- Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1999), im Druck.

⁵ Vgl. Ludger Helms: „Parteiensysteme als Systemstruktur. Zur methodisch-analytischen Konzeption der funktional vergleichenden Parteiensystemanalyse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26 (1995), S.642-657 (642f.).

⁶ Oskar Niedermayer: „Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen“, in: Oscar W. Gabriel/ Jürgen W. Falter (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt/M. u.a.: Lang, 1996, S.19-49 (19f.).

⁷ Zu solchen Risiken vgl. schon Klaus von Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*. 2. Auflage, München/ Zürich: Piper, 1984, S.18ff.

Mangel an Theorie ins Auge als an historisch-soziologischem bzw. kulturwissenschaftlichem Unterfutter?⁸ Entgeht jemand dem Risiko, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, indem er suggeriert, Partei sei Partei?⁹ Und besteht nicht eine fruchtbare Aufgabe darin, gerade Äpfel mit Birnen zu vergleichen, danach zu fragen, warum denn deutsche Parteien eher Äpfeln, französische eher Birnen ähneln?

Versuche „allgemeiner Partei-Theoriebildung“¹⁰ bedürfen aussagekräftiger Prämissen. Das Konzept der politischen Kultur bietet Instrumentarien, die dies leisten, vorausgesetzt, dessen kulturelle Dimension wird ernster genommen als in den Pionierstudien der 60er und 70er Jahre. Damals stand die Auswertung national erhobener Umfragedaten im Vordergrund; es ging um Einstellungen, Anschauungen und Werthaltungen der Menschen zu Politik und Demokratie, um politisches Bewußtsein der Bevölkerungen und die Stabilität von Regierungssystemen.¹¹ In den 80er Jahren differenzierten sich die Methoden stärker aus. Almond selbst unterschied zwischen den Einstellungsmustern gegenüber den politischen Akteuren wie Parteien oder Verbänden ('process culture') und gegenüber der praktischen Regierungspolitik, den innen- und außenpolitischen Outputs

⁸ In diesem Sinne auch Eva Kolinsky einleitend in: dies./ John Gaffney (Hg.): *Political Culture in France and Germany*. London/ New York: Routledge, 1991, S.3f.

⁹ Unschwerlich z.B. im Kapitel zur „europäischen Parteienfamilie“ bei Stefan Immerfall: *Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich. Ansätze, Problemstellungen, Befunde*. 2. Auflage, Passau, Rothe, 1995, S.109-124.

¹⁰ Dazu Michael Th. Greven: „Die Parteien in der politischen Gesellschaft sowie eine Einleitung zur Diskussion über eine 'allgemeine Parteitheorie'“, in: Oskar Niedermayer/ Richard Stöss (Hg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen, Westdeutscher Verlag, 1993, S.276-292.

¹¹ Vgl. den Klassiker von Gabriel A. Almond/Sidney Verba: *The Civic Culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton, U.P., 1963. Ziel war es, Defizite an demokratie-affirmierenden Orientierungen zu benennen, Gegensteuerungsmechanismen zu entwickeln und Bedingungen zu schaffen für die Entwicklung einer Staatsbürgerkultur („Civic Culture“) nach angelsächsischem Modell.

des Systems ('policy culture').¹² Doch die kulturellen Komponenten blieben weiterhin vage und eingeengt.

Erst die jüngere politische Kulturforschung vollzog eine Trendwende, ließ einen weiter verstandenen Kulturbegriff und damit die „eigentlichen Problemzonen im Spannungsfeld von Kultur und Politik“¹³ ins Blickfeld geraten. Über die 'Inhaltsseite' der Einstellungen und Werthaltungen hinaus berücksichtigt sie die 'Ausdrucksseite' politischer Kultur: Begriffe, Codes und Symbole, politische Gesten und Rituale, Ästhetiken und Emotionen, die sich national- oder regional-, klassen- oder gruppen-, generationen- oder geschlechtsspezifisch manifestieren können.¹⁴

Aspekte der 'Ausdrucksseite' politischer Kultur wurzeln in historischen Traditionen, Weltbildern und Mentalitäten, sind über verinnerlichte Symbolsysteme zugleich kollektiv verständlich und unbewußt selbstverständlich. Gerade das Entschlüsseln solch unsichtbarer Unterschiede unbewußter Besonderheiten gehört zu den ganz wesentlichen Aufgaben und Rechtfertigungen einer vergleichenden politischen Kulturanalyse.¹⁵ Sie hat zunächst aufzudecken, daß gewisse politische Codes hier Sinn machen und dort ins Leere laufen, daß politische Parteien in

¹² Gabriel A. Almond: „The study of Political Culture“, in: Dirk Berg-Schlosser / Ralf Rytlewski (Hg.): *Political Culture in Germany*. London, Macmillan, 1993, S.13-26 (24f.).

¹³ Programmatisch Karl Rohe: „Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung“, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 250 (1990), S.321-346 (331 u. 336ff.).

¹⁴ Gerade die regionale Ebene stößt dabei als relevante Bezugsgröße mit eigenständigen Erkenntnischancen im Bereich der politisch-kulturellen Parteien- und Wahlforschung auf wachsendes Interesse. Dazu Karl Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M., Suhrkamp, 1992, S.10-14; als Verknüpfungsversuch von Wahlsoziologie und politischer Kulturforschung auf regionaler Ebene vgl. Dietmar Hüser: „Wahlen, Parteien und politische Kultur im Saarland der 70er und 80er Jahre - Aspekte eines Umbruchs mit Konstanten“ in: Edwin Dillmann/ Richard van Dülmen (Hg.): *Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945 - 1995*. St. Ingbert, Röhrig, 1996, S.40-65 u. 415-424.

¹⁵ Dazu Christian Fenner: „Politische Kultur“, in: *Lexikon der Politik, Bd.3: Die westlichen Länder*. Hg. v. Manfred G. Schmidt. München, Beck, 1992, S.359-366 (365).

Deutschland eher Äpfeln, in Frankreich eher Birnen gleichen, und welche Erklärungsmuster sich anbieten.¹⁶ Die folgenden Gedanken wollen dies schlaglichtartig versuchen und einen Ausblick wagen auf aktuelle Parteien(system)entwicklungen in Frankreich.

III. Parteien à la française

Wer mit Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik von Parteien und Parteiensystem redet, der meint vor allem CDU/CSU, SPD und FDP, der meint ein seit den 50er Jahren stabiles und eingespieltes „Zweieinhalbparteiensystem“ mit zwei großen Volksparteien und einer „Partei der zweiten Wahl“ (Dittberner), die zumeist in Bund und Ländern als Zünglein an der Waage darüber entscheidet, ob Christ- oder Sozialdemokraten regieren.

Es sind Parteien, die allesamt in langen ideengeschichtlich-programmatischen Traditionen stehen, diese jedoch zugleich innovativ überwunden haben, die CDU als überkonfessionelle Sammlungspartei im konservativen Lager seit 1950, die SPD als Arbeitnehmerpartei auf dem Boden Adenauerscher Politik-Optionen seit 1957/60, die FDP als Überwinder klassischer organisatorischer Spaltungen zwischen Links- und Rechtsliberalen seit 1948.

Tendenziell sind CDU/CSU und SPD sozio-strukturell eher Volks- als Interessenparteien, organisatorisch eher Massen- als Wählerparteien, programmatisch eher Plattform- als Weltanschauungsparteien. Sie stehen seit den 60er Jahren in einer eher gemäßigten ideologischen Wettbewerbssituation zueinander, haben mit der FDP enorme gesellschaftliche Integrationskraft bewiesen, bei den Bundestagswahlen von 1972 und 1976 zusammen 99.1%, 1980 noch 98.1% der abgegebenen

¹⁶ Äußerst anregend in parteisozilogischer Sicht Wolfgang Jäger: „Die politischen Parteien in der Bundesrepublik und in Frankreich. Ein funktionaler Vergleich“, in: *Der Staat* 19 (1980), S.583-602; daneben nun Daniel Seiler: „Parteien und Parteiensystem“, in: Robert Picht u.a. (Hg.): *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*. München/ Zürich, Piper, 1997, S. 206-214.

Stimmen auf sich vereinigt. Damit einhergehende Repräsentationsdefizite führten im Laufe der 80er Jahre zur parteipolitischen Verfestigung der post-materialistischen Ökologie-Konfliktlinie und zur parlamentarischen Etablierung der Grünen, die neue Machtwechselvarianten ermöglichte.

Bundesdeutsche Parteien sind mitgliederstarke und durchstrukturierte Parteien. Die SPD besaß bereits im Kaiserreich einen ausgebauten Apparat mit höchst effizienter Organisation über das Parteileben hinaus, die CDU trat als Oppositionskraft in den 70er Jahren endgültig aus dem Schatten des ‘Kanzlerwahlvereins’, und auch die FDP professionalisierte sich verstärkt seit Ende der 70er bzw. seit Mitte der 80er Jahre. Durchweg sind sie finanzkräftig; parteinahe Stiftungen und Vorfeldorganisationen, personalintensive Apparate legen davon Zeugnis ab.

Die französischen Verhältnisse sind andere. Hinter ähnlichen Systemfunktionen der Parteien in beiden Ländern verbergen sich gewichtige Unterschiede.¹⁷

1. Verspätete Parteien

Erst nach der Jahrhundertwende konstituierten sich moderne Parteien in Frankreich als Endpunkt eines langen komplizierten Prozesses, der mit der Französischen Revolution begann.¹⁸ Vorreiter waren der Parti radical (1901) und die Section Française de l’Internationale Ouvrière (1905), die gut drei bis vier Jahrzehnte nach der Deutschen Fortschrittspartei (1861), dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband (1863), der Nationalliberalen Partei (1867), der Freikonservativen Partei (1867) und dem Zentrum (1870) entstanden. Der Entstehungsprozeß politischer Parteien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hing ganz wesentlich ab von nationalen politischen,

¹⁷ Vgl. Alfred Grosser: „L’État des partis’, expression de l’unanimité pluraliste? Quarante années de République fédérale d’Allemagne“, in: Yves Mény (Hg.): *Idéologies, partis politiques et groupes sociaux*. Paris, Presses FNNSP, 1991, S.319-328 (328).

¹⁸ Vgl. Raymond Huard: *La naissance du parti politique en France*. Paris, Presses FNNSP, 1996, S.314f.

institutionellen und sozio-ökonomischen Kontexten, in denen er sich vollzog. Als maßgebliche Faktoren unterschiedlicher Parteibildung lassen sich benennen:

Einmal die Funktionsweise der respektiven Parlamente und deren Stellung im Regierungssystem: Anders als im Kaiserreich, wo die konstitutionelle Verantwortungslosigkeit politischer Parteien die Ausbildung voneinander abgeschotteter sozial-moralischer Milieus (Lepsius) förderte, bedurfte die frühe *Chambre des Députés* der III. Republik gewichtiger funktionstüchtiger Fraktionen, machte parteipolitische Mobilisierung und Durchdringung außerhalb des Parlaments entbehrlicher. Dagegen waren die „groupes parlementaires“ hochorganisierte und effiziente Einrichtungen.¹⁹

Dann die Ausprägung bestimmender politisch-gesellschaftlicher Konfliktlagen zwischen Rechten und Linken: Weniger sozio-ökonomisch determinierte Frontstellungen, die gewerkschaftlicher bzw. parteipolitischer Organisation der (Industrie-)Arbeiterschaft Vorschub leisteten, bestimmten das Selbstverständnis von 'parti de l'ordre établi' und 'parti du mouvement'²⁰ in Frankreich, sondern die Auseinandersetzung um Monarchie und Republik, um Klerikalismus und Laizismus, um Status quo und Fortschritt.

Daneben die phasenverschobenen 'nation-building'-Prozesse und das Gewicht regionaler Einflüsse auf die nationale Politik: in den 1870er Jahren war Frankreich verfassungspolitisch längst eine Nation, nicht aber wirtschaftlich und kulturell. Politikrelevant blieb neben der nationalen die lokale Ebene mit ganz spezifischen Konflikt- und Interessenstrukturen. Anders als im Deutschland einzelstaatlicher Polit-Traditionen erschienen

¹⁹ Vgl. Rainer Hudemann: *Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik*. Zürich/ München, Artemis, 1979, S.252-258.

²⁰ Vgl. François Goguel: *La politique des partis sous la IIIe République*. 5. Auflage, Paris, Seuil, 1958, S.29.

regionale Zwischeninstanzen vergleichsweise belanglos.²¹ Es reichten Ansprechpartner und (Wahl-)Komitees im Wahlkreis.

Schließlich das absolute Mehrheitswahlrecht: es förderte direkte Bande zwischen Pariser Mandatsträgern und Wählern vor Ort, zugleich aber die Unabhängigkeit der Notablen von etwaigen Parteiapparaten. Mithin wirkte das seit 1848 praktizierte allgemeine Männerwahlrecht in Frankreich²² nicht parteibildend und verweist auf die überaus komplexen Beziehungen von Wahlrechtsausweitungen, Parteibildungs-, Demokratisierungs- und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen.

2. Strukturschwache Parteien

Französische Parteien sind traditionell äußerst mitglieder- und strukturschwach. Sie binden zusammen weniger Mitglieder als SPD oder CDU/CSU jeweils allein, aktuell der Parti Communiste Français (PCF) ca. 250.000, der Parti Socialiste (PS) 135.000, Les Verts/Génération Ecologie 10.000, die Union pour la Démocratie Française (UDF) 40.000, der Rassemblement pour la République (RPR) 150.000, der Front National (FN) 50.000.²³

Sämtliche Versuche, Massenparteien zu etablieren, blieben nur kurzzeitig - wie der gaullistische Rassemblement du Peuple Français (RPF) 1947/48 mit ca. 350.000 Mitgliedern - oder begrenzt - wie die durch Pompidou promovierte Union des Démocrates pour la République (UNR) nach 1968 mit zeitweise ca. 200.000 Mitgliedern - erfolgreich bzw. scheiterten in dieser Hinsicht - wie die giscardistische UDF nach 1978 - völlig. Die einzige

²¹ Vgl. Rainer Hudemann: „Politische Reform und gesellschaftlicher Status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert“, in: Dieter Langewiesche (Hg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1988, S.332-352 (345f.).

²² Dazu René Rémond: „Les réformes électorales en France au XIXe et XXe siècles“, in: Serge Noiret (Hg.): *Political strategies and electoral reforms: Origins of voting systems in Europe*. Baden-Baden, Nomos, 1990, S.108-117.

²³ Zahlen nach Jean Charlot: *La politique en France*. Paris, Editions de Fallois, 1994, S.134f.

wirkliche Massenpartei war über fast drei Jahrzehnte hinweg mit ca. 300.000 bis 500.000 Mitgliedern der PCF im Ghetto seiner Gegenkultur.²⁴

Geringe Organisationsgrade haben eine lange nationale Tradition. Erneut lassen sich bereits im späten 19. Jahrhundert gewisse Strukturelemente aufzeigen, die bis in die Gegenwart den mäßigen Trend zur Massenpartei und den weiterhin relevanten Typus der Honoratioren- und Wählerpartei erklären helfen.

Während SPD und Zentrum im Kaiserreich aus Minderheitenpositionen heraus agierten, organisatorische Stärke angesichts von Sozialistengesetzen und Kulturkampf überlebensnotwendig war, entstanden französische Gruppierungen aus bestehenden Institutionen heraus und - im linken Lager der III. Republik - zu deren Verteidigung. Der „take-off-lose“ evolutive französische Industrialisierungsprozeß²⁵ ließ keine disziplinierte Arbeiterpartei entstehen, die bürgerliche Formationen zur Reform und Anpassung eigener Organisationsstrukturen genötigt hätte.

Als Schranke gegen Massenorganisationen wirkte zudem das Gewicht radikaler und bonapartistischer Anti-Partei-Affekte. Eine augenfällige Aversion der Notablen gegen straff geführte, bürokratisierte und disziplinierte Parteien auf der einen Seite, ein - seit 1958/62 wiederbelebtes - Faible für direktdemokratisch-unmittelbare Beziehungen zwischen Wähler und Gewählten auf der anderen Seite, erhärteten verinnerlichte „individualistische Repräsentationsvorstellungen“²⁶ der Franzosen und deren Argwohn gegenüber jeder Form intermediärer Organe. Beides hat sich bis in unsere Tage gehalten, drückt sich aus im schwachen Bindungswillen gegenüber politischen Parteien, aber auch gegenüber Gewerkschaften oder anderen Vereinen und Großorganisationen.

3. 'Meinungsführer-Parteien'

²⁴ Vgl. Colette Ysmal: *Les partis politiques sous la Ve République*. Paris, Montchrestian, 1989, S.162f.

²⁵ Vgl. Heinz-Gerhard Haupt: *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789*. Frankfurt/M., Suhrkamp, 1989, S.80ff.

²⁶ Vgl. Alfred Grosser/ François Goguel: *Politik in Frankreich*. Paderborn, Schöningh, 1980, S.100.

Französische Parteien sind überaus personen- oder persönlichkeitsorientiert, und dies von der Spitze bis an die Basis. Die Mitglieder positionieren sich im innerparteilichen Spektrum anhand 'strömungsbildender' und medienwirksamer Leitfiguren auf nationaler Ebene. Mit der prinzipiellen Personalisierung von Sachproblemen korrespondiert die 'raison d'être' französischer Parteien überhaupt, nämlich das Hervorbringen eines potentiellen und glaubwürdigen Präsidentschaftskandidaten. Darauf wird zurückzukommen sein.

Parteiabspaltungen bzw. -zusammenschlüsse sind fast durchgängig die Folge persönlicher Entscheidungen politischer Spitzenkräfte aus Karrieremotiven. Als symptomatisch können die giscardistischen Parteibildungen gelten: zunächst die *Républicains Indépendants* 1962 als Abspaltung vom *Centre National des Indépendants et Paysans* (CNIP) zur Unterstützung de Gaulles, dann die Begründung des *Parti Républicain* (PR) 1977 und der *UDF* 1978 als präsidentielle Instrumente im Wettstreit gegen die 1976 durch Chirac parteipolitisch revitalisierten Gaullisten. Die Legislativwahlen 1978 und die Präsidentschaftswahlen 1981 warfen lange Schatten voraus.

Schon immer waren es die Namen wichtiger Führungspersönlichkeiten, die wechselnde Bezeichnungen der ungeliebten Parteien vergessen ließen und emotionale Bindungen schufen zwischen den Menschen und den politischen Familien bzw. Temperamenten. Zugleich dienen allseits in Medien und Öffentlichkeit präsenste Meinungsführer im Politjargon zur Kennzeichnung parteiinterner Strömungen. Solche 'courants' sind mehr oder weniger stark institutionalisiert. Bei den Sozialisten etwa werden Parteiorgane bis hinauf zum Exekutivbüro proportional zu den Delegiertenstimmen besetzt, die auf die 'motions' der 'courants' entfallen: ein Erbe der alten SFIO und eine ganz spezifisch personalisierte Form innerparteilicher Demokratie.

Grundsätzlich schaffen Strömungen Identifikations- und Mobilisierungsangebote an Parteiwähler, -anhänger und -mitglieder. Zugleich vermitteln sie jedoch Außenstehenden ein Bild mangelnder Geschlossenheit.

Unzweifelhaft haben die vehementen PS-Nachfolgekämpfe zwischen Fabusiens, Jospinistes und Rocardiens, deren Suche nach Unterstützung bei Mitterrandiens, Chévènementistes oder den 'quadras' (Martine Aubry, Ségolène Royal, Elisabeth Gigou und Frédérique Bredin) auf dem Parteitag in Rennes im März 1990 beträchtlich zum schlechten sozialistischen Abschneiden bei den folgenden Urnengängen beigetragen.²⁷ Und auch die Reibereien zwischen Chiraquiens, Séguinistes und Pasqua-Boys Ende der 80er Jahre, zwischen Chiraquiens und Ballarduriens im Vorfeld der 1995er Präsidentschaftswahlen, die traditionelle Generationenkonflikte zwischen de Gaulleschen Compagnons der Widerstandszeit, den V. Republik-Gaullisten und den Pompidoliens längst überlagert haben, stellten und stellen den RPR immer wieder vor Zerreißproben.

Monate-, wenn nicht jahrelange, teilweise öffentlich ausgetragene Grabenkämpfe zwischen Geißleristen, Kantheristen, Schäublisten und anderen um Helmut Kohls Nachfolge im Parteivorsitz bzw. Kanzleramt sind funktional wie begrifflich unwahrscheinlich. Befördert werden sie in der Bundesrepublik weder durch die parteiinternen Strukturen noch durch das vorherrschende Wahl- bzw. Regierungssystem.

4. 'Vereins-Parteien'

Französische Parteien haben weniger weitreichende Verfassungsaufträge als die bundesrepublikanischen. Laut Art. 21 GG wirken Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Das Parteiengesetz von 1967 präzisiert, daß dies auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geschieht, und definiert konkret Aufgaben und Existenzbedingungen. Die Verfassung der V. Republik beschränkt Parteien im Art. 4 auf die Mitwirkung bei Wahlen („concurrent à l'expression des suffrages“). Es gibt kein Parteiengesetz, Parteien sind Vereine nach dem Vereinsgesetz vom 1. Juli 1901.

²⁷ Ausführlich zu den 'courants' Anfang der 90er Jahre Annie Philippe/ Daniel Hubscher: *Enquête à l'intérieur du parti socialiste*. Paris, Albin Michel, 1991, S.61-162.

Seit jeher war der rechtsfreie Raum, in dem sich französische Parteien bewegten, breiter. Durch die grundgesetzliche Auflage für die Parteien, „öffentlich Rechenschaft über die Herkunft ihrer Mittel“ abzulegen, standen Finanzierungsfragen spätestens seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1958 immer wieder auf der Tagesordnung öffentlicher Debatten und rechtlicher Normierung. Trotz vergleichbar explosionsartigen Kostensteigerungen für Wahlkämpfe, Parteiapparate etc. war dies in Paris erst in den 80er Jahren wirklich der Fall und mündete in die gesetzlichen Regelungen von 1988, 1990 und 1993.

Bis dahin freilich finanzierten sich Parteien in einem 'contexte du non-droit', und dies mit all den Konsequenzen, wie sie die Affären der letzten Jahre zutage gefördert und das Vertrauen in die 'classe politique' untergraben haben. Zudem spielt der angelsächsisch geprägte Begriff des Interessenkonflikts rechtlich wie politisch in Frankreich kaum eine Rolle.²⁸ Bestes Beispiel: die beachtliche Anhäufung von Wahlmandaten, die weiterhin eher durch freiwillige Selbstbeschränkung des einzelnen als durch die 'loi anti-cumul' begrenzt wird.²⁹

Einen verfassungsrechtlich relevanten Parteibegriff wie den aus dem deutschen Parteiengesetz kennt Frankreich nicht. Das hat einmal zur Folge, daß bei nationalen Wahlen auch Nicht- bzw. Kirchtumsparteien, von Pierre Larrourou Union pour la semaine de 4 jours (4J) über Chasse, Pêche, Nature et Tradition (CPNT) bis hin zu den Esoterikern des Parti de la Loi Naturelle (PLN) antreten, darüber hinaus Sendezeiten für Wahlkampfwerbung im Fernsehen erhalten. Andererseits sind die Gefahren eines „überdehnten und abgekoppelten Parteienstaates“ (Hennis) eher gering. Kritik am 'Etat-PS' oder am 'Etat-RPR' weist nicht in Richtung weitgehender Monopolisierung politischer Willensbildung und massiver Durchdringung von Medien, Universitäten und Gerichten, von Verwaltungen aller Bereiche und Ebenen, mit 'Parteibüchlern'.

²⁸ Vgl. Yves Mény: *La corruption de la République*. Paris, Fayard, 1992, S.23.

²⁹ Vgl. Ezra N. Suleiman: *Les ressorts cachés de la réussite française*. Paris, Seuil, 1995, S.350ff.

Eher geht es um die vor allem seit Giscard's Präsidentschaft sanktionierte Praxis, Administration und Ministerialkabinette mit *Haut fonctionnaires* aufzublähen, die Verwaltungsspitzen en bloc auszutauschen.³⁰ Anders als beim offeneren 'spoils system' der Vereinigten Staaten vollzieht sich ein solcher Personalwechsel innerhalb der französischen Politokratie, einer „sphère totalement imperméable à l'extérieur et entièrement décloisonnée à l'intérieur“.³¹ Nicht unumstrittene Kompetenz oder formale Parteibindung entscheiden in erster Linie, sondern die anerkannte Zugehörigkeit zum engen Elitenkreis der Initiierten.³²

5. 'Elitenrekrutierungs-Parteien'?

Die Grenzen für 'Partei(buch)herrschaft' sind in Frankreich von vornherein deutlich enger gesteckt als in der Bundesrepublik, und dies institutionell wie auch gesamtgesellschaftlich. Die Rolle bundesdeutscher und französischer Parteien, was die Rekrutierung von Funktionseliten anbelangt, liegt weit auseinander.

Tatsächlich sind Karrierewege in Politik und Spitzenverwaltung in Frankreich primär andere als die über das Parteibuch. Das bundesdeutsche Modell des Aktivisten, der die 'Ochsentour' durch die Partei möglichst mit erfolgreichem Jura-Studium verbindet, galt und gilt für die französischen Verhältnisse kaum.³³ Auch der 'cursus honorum' der III. bzw. IV. Deputiertenrepublik mit vorheriger Verankerung als Provinznotabler, mit Ausübung eines Wahlmandats auf verschiedenen Ebenen bis hin zur

³⁰ Vgl. Karl Schmitt: „Die politischen Eliten der V. Republik: Beharrung und Wandel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47-48 (1991), S.26-36 (27ff.).

³¹ Vgl. François Bazin/Joseph Macé-Scaron: *Les politocrates. Vie, moeurs et coutumes de la classe politique*. 2. Auflage, Paris, Seuil, 1993, S.I.

³² Vgl. Ezra N. Suleiman: *Les élites en France. Grands corps et grandes écoles*. Paris, Seuil, 1979, S.278f.

³³ Dazu pointiert Adolf Kimmel: „Die politisch-administrativen Eliten in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Essay“, in: Louis Dupeux/ Rainer Hudemann/ Franz Knipping (Hg.): *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert*. Bd.2. München, Oldenbourg, 1996, S.117-123.

Deputation in Paris, hat an Gewicht verloren, und dies trotz wachsender Bedeutung lokaler Angelegenheiten in den Augen der Bürger.

Konstitutiver sind in der 'République des énarques' homogene Ausbildungs- und Rekrutierungsmechanismen über die Grandes Ecoles, die Grands Corps, den persönlichen Stab eines Ministers bzw. Staatssekretärs. Für die hohen Beamten in allen Bereichen sind Nähe zur Politik, ein Netz persönlicher Beziehungen und Corpsgeist grundlegendster Ausweis politischer Loyalität. Die „filière politico-administrative“ (Gaxie) geht der 'filière partisane' voraus, Parteizugehörigkeit gilt eher als Formalität. Immer häufiger folgt das Erringen eines lokalen oder regionalen Wahlmandats der Pariser Spitzenposition nach. Zwingende Voraussetzung für einen Regierungsposten ist es nicht mehr.

Überdies gilt es, institutionell - neben dem begrenzteren Verfassungsauftrag - die Dominanz der Exekutive in der V. Republik und die mindestens ebenbürtige Legitimation des Staatspräsidenten gegenüber den Abgeordneten hervorzuheben. Staatspräsident wird nicht der Führer einer Mehrheitsfraktion, sondern eine direkt vom Volk gewählte, mit eigener demokratischer Legitimation versehene Persönlichkeit. Spätestens bei Amtsantritt kehrt er der Partei den Rücken, die ihm ganz maßgeblich den Weg geebnet hat.

Das Präsidialsystem verstärkt eine politisierte Spitzenverwaltung gegen die Regierungsparteien. Von unmittelbarer Machtausübung bleiben diese noch weiter entfernt als in der Bundesrepublik. Sie sind noch prägnanter auf eine Rolle als Mehrheitsbeschaffer festgelegt, ohne zugleich maßgebliche Instrumente der Machtausübung zu sein und effektiv Regierungsfunktionen auszufüllen. Da auch die Opposition angesichts ausgesprochen schwacher Kontrollrechte im 'parlementarisme rationalisé' nicht gerade über extensive Ausdrucksmöglichkeiten verfügt, finden sich die Parteien vermehrt auf Repräsentationsfunktionen verwiesen und die Abgeordneten auf die Kultivierung ihrer Wahlkreis-Milieus.

6. Partei-Familien und -Traditionen

Die organisierte deutsche Arbeiterbewegung nennt sich seit 1890 SPD und besteht noch heute - über alle politischen und sozio-kulturellen Veränderungen hinweg - unter gleichem Namen. Die CDU entstand als Bundespartei 1950 in Goslar, die FDP 1948 in Heppenheim. Dagegen unterliegen französische Parteien auch in der V. Republik ständigen Namensänderungen, Auflösungen, Neu- und Wiedergründungen.³⁴ Unter den heute relevanten Parteien bildet einzig der 1920 begründete PCF eine Ausnahme sowie der FN, der sich allerdings erst 1972 als eine Splittergruppe der zerstrittenen extremen Rechten herausgebildet hat.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges nannten sich die Sozialisten einmal (seit 1969/71 PS) um, die Gaullisten fünfmal (seit 1976 RPR), die Christdemokraten viermal (seit 1995 Force Démocrate), die Liberalen dreimal (seit 1997 Démocratie Libérale), die Radikalsozialisten einmal (seit 1995 Radical). Die drei zuletzt genannten schlossen sich 1978 zur Parteikonföderation UDF zusammen, ohne ihre respektiven Traditionen, ihre programmatische und organisatorische Eigenständigkeit anzutasten. Die ökologische Bewegung hat eine ähnlich bewegte Gründungsgeschichte wie die bundesdeutsche, die beiden größten Formationen sind die Verts (1984) und Génération Ecologie (1988).

Üblich sind ad hoc-Wahlbündnisse zwischen kooperationsbereiten Parteien vor elektoralen Großereignissen. Bei den Legislativwahlen 1993 traten RPR und UDF als Union pour la France (UPF) an, auf der Linken bildeten die sozialistischen, linksradikalen und einige unabhängige Kandidaten die 'majorité présidentielle'. Ständig sieht sich der Wähler mit neuen Namen und neuen Etiketten konfrontiert, der Politologe mit einem Parteienpuzzle, das eine umfassende graphische Darstellung im Zeitverlauf kaum mehr erlaubt.

³⁴ Vgl. den Systematisierungsversuch der „verwirrenden Phänomene“ bei Tilo Schabert: „Ansätze zu einer Phänomenologie der politischen Parteien in Frankreich“, in: *Zeitschrift für Politik* 25 (1978), S. 357-376.

Die Bezeichnungen unterstreichen die bis heute starken inneren Vorbehalte gegenüber einer Selbstzuschreibung als politische Partei. Vielfach wird 'Bewegung' oder 'Gemeinschaft' der Vorzug gegeben, um tief verwurzelten Partei-Konnotationen als partikularistisch-fraktionistische Organisationen erst gar keine Angriffsfläche zu bieten, um begrifflich einen Sammlungsanspruch zu dokumentieren, den höchstens die Gaullisten als „parti d'électeurs“ (Charlot) der 60er Jahre zu erfüllen vermochten. Tatsächlich nämlich verwiesen der traditionelle Multipartismus, aber auch die Regierungspraxis der gegen parlamentarische 'Parteien-Allmacht' konstituierten V. Republik die französischen Kräfte eher auf ihre Repräsentations- als auf ihre Integrationsfunktion. Bis weit in die 70er Jahre galten Parteien als labile Oberflächenphänomene recht stabiler Gebäude politischer Einstellungs- und Verhaltensmuster.³⁵

Nicht Parteiname oder -organisationen sind es, die in Frankreich zählen, sondern die 'Tendenz', die sie repräsentieren, die Traditionen, in die sie sich einordnen und die Persönlichkeiten, die sie führen. Identifikation des Wählers bildet sich weniger gegenüber der Partei als gegenüber dem rechten bzw. linken Lager aus, gegenüber einer bestimmten 'famille politique', einer 'filiation', einem 'courant', einem 'présidentiable'.

Damit sehen sich französische Parteien trotz aller vordergründigen Brüche und Namensänderungen in tief verankerten ideengeschichtlich-politischen Traditionen, wie sie sich seit der Französischen Revolution herausgebildet und als Kontinuitätselemente innerhalb der jüngeren Nationalgeschichte überdauert haben.³⁶ Auf die objektive Schnittmenge - bei der Rechten³⁷ etwa zwischen Legitimisten des 19. Jahrhunderts und aktuellen Nationalpopulisten, zwischen Orléanisten und Giscardisten, Bonapartisten und Gaullisten, Sozialkatholiken und Zentristen oder laizistischem Repu-

³⁵ Vgl. Jäger, *Die politischen Parteien*, S.588.

³⁶ Zum Begriff 'politische Tradition' vgl. das Themenheft „La tradition politique“ der Zeitschrift *Pouvoirs* no. 42 (1987), vor allem die einführenden Beiträge von Raoul Girardet und Raymond Huard; daneben Sudhir Hazareesingh: *Political traditions in Modern France*. Oxford, U.P., 1994, S.15ff.

³⁷ Dazu ausführlich René Rémond: *Les droites en France*. Paris, Aubier, 1982.

blikanertum und Radikalen - kommt es dabei weniger an: Vergleiche politischer Familien über Epochengrenzen hinweg bilden immer ein heikles Unterfangen.

Relevanter erscheint die subjektive Dimension solcher Kontinuitätslinien und deren Implikationen für Parteiorganisation, Parteiverhalten und Parteidiskurs. Länger als die deutschen Pendanten nach dem Zweiten Weltkrieg bewahrten französische Parteien den Charakter von Weltanschauungs- und Interessenparteien, pflegten einen stärker ideologisierten Diskurs, stabilisierten damit eine fragmentierte politische Kultur. Dies verringerte den Integrationsbedarf 'nach innen' und die Bedeutung umfassend strukturierter Parteiapparate, zugleich erhöhte sich der parteipolitische Repräsentationsbedarf 'nach außen'. Ein gewisser Trend zum 'parti attrape-tout' - bei aller gaullistischer Sammlungsrhetorik der 60er Jahre - ließ sich erst in den 80er Jahren feststellen, zu einem Zeitpunkt als Volksparteien in der Bundesrepublik wieder als „ratlose Riesen“ (Wildenmann) in die Kritik gerieten.

IV. Parteiensystem à la Ve République

Trotz parteipolitisch bzw. politisch-kulturell unterschiedlicher Traditionslinien und Strukturmerkmale erschien Ende der 70er Jahre der Konzentrationsprozeß auf wenige relevante politische Kräfte als Hauptkennzeichen der Parteiensystem-Entwicklung diesseits wie jenseits des Rheins. Hier wie dort galt er als Ergebnis und Erfolg der 1949 bzw. 1958/62 etablierten Regierungssysteme und als Symbol endlich verwirklichter politischer Stabilität und Effizienz. Als maßgebliches Erklärungsmuster wurde für die Bundesrepublik die Integrations- und Anziehungskraft großer Volksparteien als „Produkte der Schönwetterdemokratie“ (Raschke) im Zeichen fast kontinuierlichen Wirtschafts- und Wohlstandswachstums angeführt. In Frankreich waren es in erster Linie die institutionellen Zwänge des gaullistischen Regierungs- und Wahlsystems, die Erwähnung fanden.

1. Parteienkonzentration der 60er und 70er Jahre

In die letzte Nationalversammlung der IV. Republik wählten die Franzosen Abgeordnete aus insgesamt 15 Parteien, die sich parlamentsintern in 9 Fraktionen organisierten. Zwischen 1958 und 1978 entwickelte sich nach und nach ein System der „quadrille bipolaire“³⁸: zwei etwa gleich starke Blöcke, ein rechter und ein linker Block mit jeweils zwei etwa gleich starken Parteien, RPR und UDF bzw. PS und PCF. Die Konkurrenzsituation war eine doppelte: nicht weniger als um die Dominanz eines Lagers gegenüber dem anderen ging es um die Dominanz im eigenen Lager. Seit dem Erstarken der Sozialisten und dem Zusammenschluß der Mitte-Parteien, dem 'rééquilibrage' links wie rechts, kam sie nicht mehr 'naturgegeben' Kommunisten bzw. Gaullisten zu. Bei den Legislativwahlen von 1978 erreichten alle vier Gruppierungen zwischen 20% und 25%, zusammen 91.8% der abgegebenen Stimmen.

Selbstverständlich spielte auch in Frankreich die Wirtschaftsentwicklung eine Rolle. Die Aufschwungphase der „trente glorieuses“ (Fourastié), der selbst der Algerienkrieg nichts anhaben konnte, erlaubte breite Verteilungsspielräume zur Abdämpfung des rapiden gesellschaftlichen Wandels. Zur frühen wirtschaftlichen Lernfähigkeit der 'classe politique' gesellte sich 1958 unter dem Druck der Konflikteskalation in Algerien eine Form institutioneller Lernfähigkeit. Den weimar-geprägten bundesdeutschen Verfassungsvätern von 1949 ähnlich, wollten de Gaulle, Debré u.a. die sich bietende Chance nutzen, Erfahrungen mit dem „parlementarisme souple“ (Parodi) der III. bzw. IV. Republik in ein staatsrechtliches Reformwerk münden zu lassen, wie es seit de Gaulles Bayeux-Rede von Juni 1946 vorformuliert war.

Vergleichbar zwischen Bundes- und V. Republik sind auch die Sogwirkungen, die von den dominierenden Parteien, erst auf der Rechten, dann der Linken, ausgingen. Beträchtliche Anziehungskraft übte in den 70er Jahren

³⁸ Vgl. Maurice Duverger: *Le système politique français*. 18. Auflage, Paris, PUF, 1985, S.468 u. 482f.

der PS aus, mit François Mitterrand als glaubwürdigem Oppositions- und Präsidentschaftskandidaten seit 1965, der Vereinnahmung des Mouvement des Radicaux de Gauche (MRG) 1972 und dem Ausbluten des Parti Socialiste Unifié (PSU) seit 1974. Bereits in den 60er Jahren gruben die erfolgreichen Gaullisten - wie die CDU der 50er Jahre - den kleineren Gruppierungen das Wasser ab, zogen sie damit - wie die *Républicains Indépendants* - zugleich an. Deren Zusammengehen bescherte Frankreich 1962 erstmals in seiner Geschichte eine stabile, zunächst fünfjährige Mehrheit im Parlament.³⁹

Damit einher ging die Generalisierung der Fraktionsdisziplin, zuvor selbst bei wichtigen Abstimmungen alles andere als üblich. Durch die Regierung Pompidou auf den Weg gebracht, um das Abstimmungsverhalten gaullistischer Abgeordneter zu überwachen, wurde sie zum Modell für andere Parteien: von 43% zwischen 1958 und 1962 stieg die Fraktionsdisziplin bis 1978 auf fast 100% an.

Einige Hintergründe bzw. Konsequenzen der Parteienkonzentration beider Länder lassen sich durchaus vergleichen, weniger jedoch die institutionellen Mechanismen, die ihr jeweils Vorschub leisteten und die in Frankreich mehr als in der Bundesrepublik als ganz, wenn nicht als allein ausschlaggebende Faktoren hervorgehoben werden. Konkret geht es um das Zusammenwirken von absolutem Mehrheitswahlrecht seit 1958, Direktwahl des Präsidenten seit 1962/65 und 'fait majoritaire', der Kongruenz präsidentieller und parlamentarischer Mehrheit.

2. Parteien und absolutes Mehrheitswahlrecht

Beim 'scrutin uninominal majoritaire à deux tours' entscheidet sich der Wähler nicht für eine zuvor parteiintern aufgestellte nationale Liste, sondern für einen bestimmten Kandidaten, der sich in seiner 'circonscription' um den (Wahlkreis-)Sitz in der Pariser Nationalversammlung bewirbt. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen

³⁹ Vgl. Hugues Portelli: *La Ve République*. Paris, Grasset, 3. Auflage, 1994, S. 115-121.

(und mehr als ein Viertel der eingeschriebenen Wähler) hinter sich bringt. Qualifiziert hat sich für den zweiten Wahlgang, wer im ersten präsent war und mehr als 12.5% der eingeschriebenen Wähler auf sich vereinigen konnte. Gewählt von den zwei oder mehr Kandidaten im zweiten Wahlgang ist schließlich, wer die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht.

Das Wahlsystem zeitigt beträchtliche Folgen. Häufig scheitern Kandidaten kleiner Parteien bereits an der hohen 12.5%-Hürde für die entscheidende Wahlrunde. Die großen Parteien erhalten dagegen gewichtige 'Siegerprämien', die sich einmal nach dem Stimmabstand zwischen Mehrheits- und Minderheitskoalition richten,⁴⁰ dann nach dem Kräfteverhältnis innerhalb der Koalitionen,⁴¹ schließlich nach der Wähler-Disziplin im zweiten Wahlgang und dem Funktionieren der 'reports de voix' zugunsten des 'Lager-Partners'. Dabei wird die moderatere Partei, der PS etwa gegenüber dem PCF, wegen unproblematischer Stimmübertragung grundsätzlich favorisiert. Lange war die 'discipline républicaine' auf der Linken stärker ausgeprägt als die Bereitschaft zu 'désistements' auf der Rechten. Unnachgiebig behandelt das Wahlsystem die Parteien, die im zweiten Wahlgang keine Allianzen eingehen wollen (PC 1958, *Ecologistes* 1993) oder können (FN 1988, 1993, 1997): Absprachen und Wahlbündnisse sind das Nonplusultra des Erfolgs.

Das absolute Mehrheitswahlrecht bringt markante Ungleichgewichtigkeiten der Repräsentation mit sich. Das zugrundeliegende Demokratieverständnis hebt eher ab auf die Gewährleistung regierungsfähiger und effizienter Mehrheiten als auf möglichst gleichmäßige parlamentarische Widerspiegelung des Wählerwillens. Mit weniger als 40% der abgegebenen Stimmen - bei ca. 30% Stimmhaltungen und ca. 24% in der Nationalversammlung gar nicht repräsentierter Voten für *Ecologistes* bzw.

⁴⁰ D.h. die Mehrheitsallianz, die Rechte etwa 1968 oder 1993, die Linke 1981, ist nach Sitzen deutlich überrepräsentiert im Verhältnis zu den erhaltenen Stimmen.

⁴¹ D.h. die jeweils stärkste Partei, die UD-Ve etwa 1968 oder der PS 1981, ist nach Sitzen deutlich überrepräsentiert im Verhältnis zu den erhaltenen Stimmen.

FN - schafften es RPR und UDF bei den Legislativwahlen von 1993, fast 80% der zu vergebenden Sitze im Palais Bourbon einzunehmen.⁴²

Die Einer-Wahlkreise machen die lokale Verankerung des Kandidaten zu einem elektoralen Muß. Die nationalen Parteistäbe haben darauf nur geringen Einfluß, 'parachutages' in Provinzwahlkreise sind unbeliebt und entfachen zumeist parteiinterne Auseinandersetzungen vor Ort. Bei Doppelkandidaturen einer Partei hat der lokal verwurzelte und benannte Kandidat tendenziell die besseren Karten. Die Personalisierung der Wahl ist hoch. Am Wahlabend sind alle Gewählten mehrfach im Fernsehen mit Photo zu sehen, als Repräsentanten 'ihres' Wahlkreises.

3. Parteien und Direktwahl des Staatspräsidenten

Das Referendum zur künftigen Direktwahl des französischen Staatspräsidenten Ende Oktober 1962 perpetuierte die faktische Ausnahme-situation eines machtvollkommenen de Gaulle während des Algerienkrieges und verfestigte sie als Normalität institutioneller Praxis der Folgezeit. Durch die unmittelbare Volkslegitimation seit 1965 stieg der verfassungsmäßig anvisierte Präsident als 'juge' und 'arbitre' zum potentiellen 'maître absolu' der V. Republik auf, zum 'Wahlmonarchen'.

Formal gewählt ist, wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht. Da sich nur die beiden Erstplatzierten für den zweiten Wahlgang qualifizieren, hat der Kandidat mit den meisten Stimmen - als neuer Präsident aller Franzosen - zwangsläufig eine absolute Mehrheit der Wählenden hinter sich. Das vorprogrammierte - und außer 1969 auch stattfindende - Duell zwischen rechts und links im zweiten Wahlgang erfordert stabile Allianzen und Absprachen in beiden Blöcken. Erfolgchancen hat nur, wer sich unzweideutiger 'consignes de vote' des/der im ersten Wahlgang Unterlegenen aus dem gleichen Lager versichern kann.

⁴² Vgl. *Le Monde*, Elections législatives: 21 mars - 28 mars 1993: La droite sans partage (Dossiers et documents, numéro spécial, Avril 1993), S.61ff. u. 75ff.

Giscard gegenüber Chirac 1981 wie auch Chirac gegenüber Barre 1988 mußten diese bittere Erfahrung machen.⁴³

Die Parteien spielen in Präsidentschaftswahlkämpfen eine ambivalente, gegenüber den Kandidaten eine allemal untergeordnete Rolle. Einerseits darf der Bewerber die Partei nicht zu sehr in Erscheinung treten lassen. Er tritt als 'candidat-citoyen' an, nicht als 'candidat-partisan', entspricht doch die Direktwahl einem 'contrat entre un homme et la nation'. Andererseits wird niemand Präsident, der nicht eine der wichtigen Parteien im Rücken hat und auf deren Apparat zurückgreifen kann, um Wahl- und Wählerunterstützung zu mobilisieren.⁴⁴

Damit spiegelt die Rolle der Parteien im Präsidentschaftswahlkampf eine maßgebliche, geradezu existentielle Funktion wider, die ihnen in der V. Republik zukommt: das Hervorbringen eines 'présidentiable plausible'.⁴⁵ Eine Formation ohne geeigneten Präsidentschaftskandidaten - wie die UDF 1995, die sich auf den gaullistischen Premierminister Edouard Balladur festlegte und niemanden aus den eigenen Reihen benannte - gilt unweigerlich als Partei in der Krise.

Präsidentschaftswahlen sind die absoluten Höhepunkte des politischen Lebens der V. Republik, an denen sich alles andere ausrichtet. Sieben Jahre lang beschäftigen sie französische Parteien, potentielle 'présidentiables' und die Medien. Sie strukturieren wesentlich politische Diskurse und politisches Handeln. Urnengänge auf anderen Ebenen sind immer auch Etappen langfristig angelegter Strategien für die 'présidentiell'. Die Legislativwahlen von 1986, als sich Chirac für 1988 nur Chancen als erfolgreicher Cohabitation-Premier ausrechnete, oder die von 1993, als sich der damalige RPR-Vorsitzende mit Blick auf 1995 vorzugsweise der

⁴³ Dazu Olivier Duhamel: *Le pouvoir politique en France*. Paris, Seuil, 2. Auflage, 1995, S.123ff.

⁴⁴ Vgl. die Ausführungen von Jean-Claude Colliard, in: Nicholas Wahl/ Jean-Louis Quermonne (Hg.): *La France présidentielle. L'influence du suffrage universel sur la vie politique*. Paris, Presses Sciences Po, 1995, S. 70-82.

⁴⁵ Einen Überblick über die Rolle der 'présidentiables' für das Regierungssystem bietet nun Dirk Zadra: *Der Wandel des französischen Parteiensystems. Die 'présidentiables' in der V. Republik*. Opladen, Leske + Budrich, 1997.

Kontemplation hingab und mit Provinzreisen Bürgernähe demonstrierte, lassen sich als solche präsidentiellen Vorhutgefechte möglicher Kandidaten charakterisieren.

Zu den strukturellen Faktoren für Bipolarisierung, Blockbildung und Parteienkonzentration, absolutes Mehrheitswahlrecht und Direktwahl des Präsidenten gesellte sich ein konjunkturelles Element, der 'fait majoritaire', die zwischen 1958 und 1986 vorherrschende Übereinstimmung von präsidentieller und parlamentarischer Mehrheit: durch die homogenisierenden Wirkungen des Algerienkrieges zwischen 1958 und 1962 zumindest faktisch, dann durch absolute Mehrheiten in der Nationalversammlung, für Gaullisten und Giscardisten zwischen 1962 und 1981 bzw. für die Sozialisten zwischen 1981 und 1986.

Mit Genugtuung blickten Beobachter gegen Ende der 70er Jahre auf Konzentration und Blockbildung des französischen Parteiensystems. Waren sie nicht die natürliche Konsequenz institutioneller Zwänge, wie sie die V. Republik ausübte? Waren sie nicht Garant dauerhafter Stabilität und effizienten Regierens, durch die sich die „République gaullienne“ (Vianson-Ponté) so deutlich und so vorteilhaft von den Vorgängerinnen abzuheben schien? In den 80er Jahren erwiesen sich solche Prognosen als etwas vorschnell.

V. Parteien in der „Ära Mitterrand“ - Kontinuität und Wandel

Zwar sind beschleunigte sozio-kulturelle Wandlungsprozesse keine französischen Spezifika, sondern sämtlichen hochindustrialisierten Gesellschaften Westeuropas gemein. Dennoch scheinen im traditionsgeprägten, für historische Umbrüche sensibilisierten Frankreich die daraus resultierenden Unsicherheiten besonders groß, die Bedürfnisse nach individueller, gruppenspezifischer oder nationaler Selbstvergewisserung besonders hoch und die Identitätsdebatten besonders neu zu sein.⁴⁶

Einige der zentralen Pfeiler französischen Politikverständnisses sind in der 'Ära Mitterrand' ins Wanken geraten⁴⁷ und nicht ohne Rückwirkungen auf Parteien und Parteiensystem geblieben. Benannt seien stichwortartig zumindest folgende Entwicklungen: von der 'République une et indivisible' zur 'République décentralisée' mit neuen Chancen der Bürgernähe und neuen Risiken einer „République des fiefs“ (Mény); vom colbertistisch geprägten „nationalen Wirtschaftsstil“ (Ammon) zur globalisierten Wirtschaft(spolitik) in „la France de l'an 2000“ (Minc); vom Einwanderungsland und verinnerlichter „intégration à la française“ (Schnapper) zum Diskurs über Null-Immigration; von einer primär vertikal organisierten Klassen- zu einer zunehmend horizontal organisierten

⁴⁶ Vgl. Stanley Hoffmann: „Thought on the French Nation today“, in: *Daedalus* 122/3 (1993), S. 63-79; sowie Gilbert Ziebura: „Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich“, in: Heinrich-August Winkler/Hartmut Kaelble (Hg.): *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität*. Stuttgart, Klett-Cotta, 1993, S. 34-55. Zu den anhaltend virulenten Vichy-Debatten als einem Indikator vgl. Dietmar Hüser: „Vom schwierigen Umgang mit den „schwarzen Jahren“ in Frankreich - Vichy 1940 - 1944 und 1944/45 - 1995“, in: Holger Afflerbach/ Christoph Cornelißen (Hg.): *Sieger und Verlierer. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945*. Tübingen/ Basel, Francke, 1997, S. 87-118.

⁴⁷ Für die frühen 80er Jahre vgl. Claus Leggewie: „Eine immer unbestimmtere Idee von Frankreich. Anmerkungen zur französischen politischen Kultur“, in: Peter Reichel (Hg.): *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt/ New York, Campus, 1984, S.118-144; sowie für die frühen 90er Jahre Robert Picht: „Frankreich in der Identitätskrise“, in: *Länderprofile. Politische Kulturen in In- und Ausland*. Stuttgart, Kohlhammer, 1993, S.42-55.

Ausgrenzungsgesellschaft, wo es darauf ankommt „si on est au centre ou à la périphérie“ (Touraine); von der europäischen Führungsrolle einer „grande nation“ zu einer Mittelmacht neben anderen und dem „challenge de l'adaptation“ (Moïsi).

1. 'Partis de gouvernement'

Politisch endeten im Mai/Juni 1981 fast 23 Jahre gaullistisch-giscardistischer Vorherrschaft im Elysée-Palast und Palais Bourbon. Erstmals überhaupt in der französischen Zeitgeschichte konnte sich die Linke eines längeren, mindestens fünfjährigen Regierungszeitraums sicher sein. Nach seinem Wahlsieg ließ sich François Mitterrand rasch auf die gaullistisch geprägten Kompetenzen und Symbole eines Amtes und Regimes ein, das er seit 1958 als bonapartistisch-autoritär strikt abgelehnt, später als „coup d'Etat permanent“ angeprangert hatte. Die Institutionen der V. Republik bestanden die Nagelprobe dieser 'grande alternance', ebenso die der 'petite alternance' nach den Legislativwahlen vom 16. März 1986.

Der Cohabitation eines sozialistischen Staatspräsidenten mit einem gaullistischen Premier mangelte es von vornherein nicht an Konfliktpotential. Und dennoch verhinderte Mitterrands und Chiracs gemeinsame Sorge um eine mögliche Diskreditierung der Staatsämter eine Verteufelung des 'partenaire-concurrent'. Die Cohabitation erschien vielleicht nicht als das effizienteste Regierungsmodell, doch die Verfassung sah sie vor. Und da sie nicht zwangsläufig ähnlich konfliktuell - unter völlig anderen Vorzeichen demonstrierte die 'Vernunftthe' Mitterrand-Balladur dies 1993/95 - ablaufen mußte, galt es sie hinzunehmen. Die Institutionen gingen gefestigt aus den Machtwechseln hervor. Als 'patrimoine commun' beruhten sie nun definitiv auf breitem Konsens von rechts bis links.

Mehr Konsens als Dissens sollte bald auch das programmatische bzw. regierungspraktische Profil von PS, UDF und RPR auszeichnen. Traditionell war in Frankreich ein politischer Widersacher nie nur Gegner, sondern auch Feind. 'La droite et la gauche' waren seit dem langen 19. Jahrhundert festgefügte und verinnerlichte Denk- und Wertssysteme. Deren Gegensätzlichkeit

mag sich seit den 50er Jahren abgeschliffen haben, dennoch standen die Rechte und die Linke weiterhin für zwei antagonistische Gesellschafts- und Politikentwürfe, und dies bis in den Präsidentschaftswahlkampf 1981 und das 'état de grâce'-Jahr der Regierung Mauroy hinein.

Katastrophale Wirtschaftsdaten und hochschnellende Arbeitslosigkeit offenbarten rasch die Illusion einer grundlegenden nationalstaatlichen Gesellschaftsreform mit keynesianischen Mitteln, leisteten dem „sacrifice de l'absolu“⁴⁸ Vorschub. Mit den Austeritätsprogrammen von Juni 1982 und März 1983 änderten sich Diskurs und Praxis, mit Premierminister Fabius Selbst- und Fremdbild der Sozialisten. Mehrheitlich arrangierten sie sich mit der Macht, entwickelten Stolz auf „culture de gouvernement“ und „invention du possible“ (Jospin). Der PS vollzog sein Bad Godesberg als Regierungspartei, schwenkte ein auf die reformerischere Linie westeuropäischer Schwestern.

Der 'Sozialdemokratisierung' des PS entsprach die 'Entgaullisierung' des RPR.⁴⁹ Sie spiegelte sich im schwindenden Einfluß der 'Barone' wider, in Symbolik und Programmatik der Partei sowie in einer sozialen Mitglieder- und Wählerstruktur, die sich immer weiter entfernte vom Malraux-Bild der Metro um sechs Uhr abends. Die Verbürgerlichung des RPR ließ die Grenzen zur UDF mehr und mehr verwischen. Viele originelle, ehemals umstrittene Politikansätze des Generals galten längst als parteiübergreifendes Allgemeingut, andere als überholt. Chiracs neoliberale, der staatsinterventionistischen Tradition des Gaullismus gänzlich entgegenreisende Anwendungen des Jahres 1986 erwiesen sich als ideologisches Strohfeuer und scheiterten ähnlich rasant wie das Reformprojekt der Linken fünf Jahre zuvor.

Die Präsidentschaftswahlen 1988 schienen 'sans enjeu réel': keine divergierenden Regimekonzeptionen mehr wie noch 1965 und 1969, keine abweichenden Gesellschaftsentwürfe mehr wie noch 1974 und 1981. Unter

⁴⁸ Dazu Marc Sadoun: *De la démocratie française. Essai sur le socialisme*. Paris, Gallimard, 1993, S.73-96.

⁴⁹ Differenziert nun Andrew Knapp: *Le gaullisme après de Gaulle*. Paris, Seuil, 1996, S.827-833.

dem Banner des „consensus“ und der „ouverture“, der „France unie“ und der „République du centre“⁵⁰ zog François Mitterrand für ein zweites Septennat in den Elysée-Palast. Und tatsächlich hatten sich sozialistische, gaullistische und liberale Positionen in entscheidenden Fragen angenähert: Konsens über die Außen- und Sicherheitspolitik, Konsens im Umgang mit den Institutionen, Konsens über liberale Demokratie und Rechtsstaat, Konsens über die Prinzipien der Marktwirtschaft, Konsens über die wohlfahrtsstaatliche Abfederung sozialer Ungleichheiten, Konsens über das Nebeneinander staatlicher und privater Schulen, Konsens über den Umgang mit Korruptionsaffären. Die Differenzen lagen in Nuancen, nicht mehr im Grundsätzlichen.⁵¹

Entideologisierung und Mitte-Drift haben in den 80er Jahren die ‘Großen Drei’ zusammen allerdings nicht an Wählergunst zu-, sondern eher abnehmen lassen. 1974 erreichten die von ihnen gestützten Präsidentschaftskandidaten 90.8% der abgegebenen Stimmen, 1981 waren es 71.9%, 1988 noch 70.5%, 1995 ganze 62.7%. Bei den Legislativwahlen 1993 kamen PS, UDF und RPR auf 56.1%, 1997 auf 53.6%. Offensichtlich haben sie an Repräsentationskraft eingebüßt, ohne an Integrationskraft gewonnen zu haben. Dank des Wahlsystems verfügen sie nichtsdestotrotz uneingeschränkt über die nationalen und regionalen Machthebel.⁵²

⁵⁰ Vgl. François Furet/ Jacques Julliard/ Pierre Rosanvallon: *La République du centre. La fin de l'exception française*. Paris, Calmann-Lévy, 1988; kritisch Maurice Duverger: *La nostalgie de l'impuissance*. Paris, Albin Michel, 1988. Zum Parteiensystem vgl. Adolf Kimmel: „Das französische Parteiensystem. Von der Bipolarisierung zum Konsens“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 33 (1989) S.14-25.

⁵¹ Vgl. Serge Berstein: „La lutte des classes est terminée!“, in: *L'Histoire* no. 143 (1991), S.49-51.

⁵² Vgl. auch Roland Höhne: „Kontinuität und Wandel des französischen Parteiensystems“, in: *Frankreich-Jahrbuch* 9 (1996), S. 109-145 (127f.).

2. ‘Partis contestataires’

Der massive Einbruch des Parti communiste, der vierten ‘Blockpartei’ der 70er Jahre, war hausgemacht: schrittweise innen- wie außenpolitische Selbstdiskreditierung seit spätestens 1968, reform- und anpassungsunfähiges Verharren trotz sozio-kulturell bedingtem Schwund an Wählerpotential.⁵³ Seine Systemfunktion als gegenkulturelle Protestpartei vermochte der PC mit nahezu halbiertes Wählerschaft nur noch bedingt auszufüllen. Die „fonction tribunitienne“ füllte seit Mitte der 80er Jahre eher der Front National (FN) aus.⁵⁴

Die nationalpopulistische Einbindung potentieller Protestwähler erklärt nicht allein den Aufstieg und die Etablierung des FN auf hohem Niveau. Sie stehen zugleich für neue Konfliktlagen innerhalb der französischen Gesellschaft, die Ausdruck fanden in der Bildung neuer bzw. im Aufschwung schon bestehender Parteien.

Parteiformierende ‘clivages’ haben sich für die 80er Jahre an den Themen der Immigration und der Ökologie festgemacht. Ökologische Bewegungen, die sich an Wahlen beteiligten, entstanden - wie der Mouvement écologique 1974 - früher als in der Bundesrepublik. Wahlerfolge stellten sich erst später ein, beschränkten sich zumeist auf ‘Vor-Ort-Wahlen’. Bei Legislativwahlen waren die 7.8% von 1993, bei Präsidentschaftswahlen die 3.9% von Brice Lalonde 1981 das beste Resultat. Größere Erfolge und die Entsendung von Deputierten in der Nationalversammlung verhinderten bis 1997 vor allem die Zersplitterung der Kräfte und die Zerstrittenheit der ‘Chefs’, die mangelnde Ausbildung von Organisationsstrukturen und die Unfähigkeit, den eigenen Standort im Links-Rechts-Gefüge zu bestimmen⁵⁵ und einen Konsens über Wahlab sprachen herzustellen.

⁵³ Zum ‘repli vers la classe ouvrière’ vgl. Stéphane Courtois/ Marc Lazar: *Histoire du parti communiste français*. Paris, PUF, 1995, S.390f.

⁵⁴ Vgl. Nonna Mayer: „Le Front National“, in: Dominique Chagnollaud (Hg.): *La vie politique en France*. Paris: Seuil, 1993, S.329-343, hier S.340.

⁵⁵ Zum ‘ni ni’ der Verts vgl. Jean-Luc Benahmias/ Agnès Roche: *Des verts de toutes les couleurs. Histoire et sociologie du mouvement écolo*. Paris, Albin Michel, 1992, S.77-84 u. 142-145.

Der FN dagegen wäre gern koalitionsfähig, biedert sich seit Jahren - und auf nationaler Ebene erfolglos - der Rechten an. Nationalisiert hat sich die Partei allerdings seit Ende der 80er Jahre nicht nur wahlgeographisch, sondern auch organisatorisch, zeigt Flagge auf sämtlichen Ebenen des französischen politischen Lebens.⁵⁶ Als 'etablierte Protestpartei' bei ebenso heterogener wie fluktuierender Wählerschaft von einem Urnengang zum nächsten muß sie inzwischen als integraler und gewichtiger Bestandteil der französischen Parteienlandschaft gelten.

Die Erfolge Le Pens sind zugleich sichtbarster Ausdruck tiefgreifender Unsicherheiten eines beträchtlichen Teils der Franzosen angesichts ständig wachsender Herausforderungen der westlichen Moderne an den einzelnen. Nicht von ungefähr wies Le Pen 1995 den höchsten Prozentsatz an Wählern auf, die sich als Arbeiter (27%), als arbeitslos (27%) oder als sozial deklariert (33%) bezeichnen.⁵⁷

Ganz offensichtlich hat die programmatische Annäherung von PS, RPR und UDF in der politischen Mitte, nicht zuletzt Ausdruck abnehmender Handlungsspielräume nationaler Regierungen im europäischen Kontext, ausreichend Platz an den Rändern geschaffen, um stärker weltanschaulich geprägten Gruppierungen Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Das französische Parteiensystem der 80er und 90er Jahre besteht nicht mehr aus 2 x 2 etwa gleich starken Parteien mit durchaus spezifischen Profilen, sondern aus 3 x 3 Parteien: drei 'partis de gouvernement' mit zentripetaler und drei 'partis contestataires' mit zentrifugaler Tendenz und - wie bei den Legislativwahlen 1993 und 1997 - bis zu gut einem Drittel des Elektorsats im Rücken.

Ließen sich die 60er und 70er Jahre durch einen augenfälligen Trend zu Konzentration und Bipolarisierung kennzeichnen, so steht die 'Ära

⁵⁶ Selbst in Hochburgengebieten kann von einem Einweben in engmaschige lokale Netze sozialer Kontakte und Kontrolle jedoch außer im mediterranen Frankreich keine Rede sein. Vgl. Dietmar Hüser: „Der Front National im Elsaß - eine etablierte Protestpartei?“, in: *Dokumente* 53 (1997), S. 216-220.

⁵⁷ Vgl. die 'Sortie des urnes'-Umfrage des IFOP beim ersten Wahlgang der 1995 Präsidentschaftswahlen, in: *Libération*, 25.4.95, S.8.

Miterrand' parteipolitisch für mehr Dekomposition und Unübersichtlichkeit. Weder waren es damals institutionelle Gründe allein, die geradezu zwangsläufig in die 'quadrille bipolaire' mündeten, noch sind sie es heute allein, die angesichts des „sextuor cacophonique“ (O. Duhamel) einem breiten gesellschaftlichen Bedürfnis nach Überwindung klassischer Rechts-Links-Kategorien und einer großen Partei der politischen Mitte den Weg versperren. Die 80er und 90er Jahre als Phase des Wandels mit politisch-kulturellen Konstanten?

3. Ausblicke

Unstrittig hat sich Politik in Frankreich - und nicht nur dort⁵⁸ - verändert. Verglichen mit den 70er Jahren läßt sich eine Entideologisierung der 'Großen Drei' kaum bestreiten. Dennoch war sie nicht gleichbedeutend mit „la fin toujours annoncée des idéologies politiques“,⁵⁹ wie die Stabilisierung der Kommunisten und die Etablierung von Ecologistes und Lepénistes unterstreichen. Und auch PS, RPR und UDF samt innerparteilicher Strömungen stehen nicht wirklich für völligen ideologisch-programmatischen Einheitsbrei, in dem distinktive Werte und Traditionen überhaupt nicht mehr erkennbar wären.

Die (Teil-)Zusammenarbeit der Etablierten im Zeichen der Cohabitation 1986/88, nach Mitterrands Wiederwahl dann die Debatten um die Ouverture auf der Linken, um die Rénovateurs auf der Rechten und die 'société civile' in beiden Lagern, mögen kurzzeitig Hoffnung und Neugier auf eine umgestaltete parteipolitische Landschaft geweckt haben.⁶⁰ Dennoch deutet

⁵⁸ Relativierend wirkt ein Blick in Oscar W. Gabriel/ Frank Brettschneider (Hg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Opladen, Westdeutscher Verlag, 2. Auflage, 1994.

⁵⁹ Dazu Pierre Bréchon: „Partis politiques et idéologies“, in: ders. (Hg.): *Le discours politique en France. Evolution des idées partisans*. Paris, La Documentation Française, 1994, S.5-14 (10f.); ähnlich Alain Duhamel: *La politique imaginaire. Les mythes politiques français*. Paris, Flammarion, 1995, S.147-183.

⁶⁰ So Andrew Appleton: „Parties under pressure. Challenges to 'established' French parties“, in: *West European Politics* 18 (1995), S.52-77 (72f.).

alles weiterhin auf eine im westeuropäischen Vergleich eher fragmentierte politische Kultur in Frankreich, in der etwa Demokratiezufriedenheit der Bürger stärker als in der Bundesrepublik, in den Niederlanden oder selbst in Großbritannien von der Regierungspräsenz präferierter Parteien abhängt.⁶¹

Sicher bestreiten mehr und mehr Franzosen, daß die traditionelle Strukturierung des politischen Lebens in Rechte und Linke weiterhin relevante gesellschaftliche Konfliktlinien widerspiegelt. Ein gewisser Rückgang an Streitkultur und Politik-Passion ist unübersehbar. Dennoch sind klassische Referenzsysteme hochgradig verinnerlicht. Die Franzosen „demeurent aujourd'hui aussi nombreux qu'au début du premier septennat de François Mitterrand à se référer aux notions de droite et de gauche“.⁶² Von einem 'Urnenstreik' kann keine Rede sein. Eher hat sich auch in Frankreich eine Art „nouvel électeur“ (Percheron) zum 'alten' gesellt. Autonomer und kritischer, weniger parteigebunden und milieuverhaftet, trifft er seine Wahlentscheidung - bis hin zur Wahlenthaltung - bewußter, je nach Lage der Dinge und dem, was auf dem Spiel steht.⁶³

'Crise du politique' und Parteienverdrossenheit sind unleugbare Realitäten. Dennoch haben nicht nur pauschale Negativurteile über politische Parteien und mangelnde Bürgernähe zugenommen, sondern ebenfalls das Debattieren und Lamentieren darüber,⁶⁴ speziell in Frankreich und Deutschland, Länder mit erprobt fruchtbarem Nährboden für

⁶¹ Vgl. Oscar W. Gabriel: „Der demokratische Verfassungsstaat im Parteienkonflikt“, in: ders. e.a. (Hg.): *Der demokratische Verfassungsstaat. Theorie, Geschichte, Probleme*. München, Oldenbourg, 1992, S.135-153 (151).

⁶² So Janine Mossuz-Lavau: *Les Français et la politique*. Paris, Odile Jacob, 1994, S.132.

⁶³ Differenziert zum Idealtyp 'neuer Wähler', zu Konstanten und Veränderungen französischen Wählerverhaltens in den 80er Jahren die Beiträge bei Daniel Boy/Nonna Mayer (Hg.): *L'électeur français en questions*. Paris, Presses FNSP, 1990. Für die 90er Jahre vgl. nun dies. (Hg.): *L'électeur a ses raisons*. Paris, Presses Sciences Po, 1997.

⁶⁴ Dazu kritisch Charlot, *La politique en France*, S.246-250; sowie Michel Offerlé: *Les partis politiques*. 3. Auflage, Paris, PUF, 1997, S.120ff.; für die Bundesrepublik vgl. Peter Lösche: „Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26 (1995), S.149-159.

Antiparteienaffekte. Aus dem Blick geraten dabei vielfach die sozio-ökonomischen bzw. sozio-kulturellen Hintergründe für einen Wandel von Parteien(systemen), aber auch außerparteilich-situative Formen politischer Aktivität, Partizipation und Mobilisierung. Tatsächlich stehen sie gerade in Frankreich in einer langen Tradition,⁶⁵ und nicht zu Unrecht gilt eine solche 'politisation négative' im Kontext der 80er Jahre als schlagendes Argument gegen generalisierende Militanzkrisen- und Depolitisationsthesen.⁶⁶

⁶⁵ Vgl. vor allem die neueren Studien zur französischen Demonstrationenkultur: Vincent Robert: *Les chemins de la manifestation 1848-1914*. Lyon, Presses universitaires, 1996; Olivier Fillieule: *Stratégies de la rue. Les manifestations en France*. Paris, Presses Sciences Po, 1997; Danielle Tartakowsky: *Les manifestations de rue en France 1918-1968*. Paris, Publications de la Sorbonne, 1997.

⁶⁶ Wertvolle Hinweise bieten die Fallstudien im Sammelband von Pascal Perrineau (Hg.): *L'engagement politique. Déclin ou mutation?* Paris, Presses FNSP, 1994.